04.06.73

Sachgebiet 78

Bericht und Antrag

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß)

zu den von der Bundesregierung zur Unterrichtung vorgelegten Vorschlägen der EG-Kommission für

eine Verordnung (EWG) des Rates über die Erhebung von Zinsen im Rahmen des EAGFL und der Nahrungsmittelhilfe gezahlter Beträge, die wiedereinzuziehen sind

- Drucksache 7/291 -

eine Verordnung (EWG) des Rates zur Verlängerung der Aussetzung der Einfuhrabgaben und Ausgleichsbeträge

Drucksache 7/406 –

eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie des Rates vom 26. Juni 1964 betreffend den innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit Rindern und Schweinen – Drucksache 7/438 –

eine Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung Nr. 121/67/EWG hinsichtlich der Feststellung der Preise für geschlachtete Schweine in der Gemeinschaft – Drucksache 7/493 –

Zu Drucksache 7/291

A. Problem

Nach Gemeinschaftsrecht sind die aufgrund von Unregelmäßigkeiten, Versäumnissen oder Nichteinhaltung eingegangener Verpflichtungen wiedereinzuziehenden Beträge, die aus dem EAGFL und der Nahrungsmittelhilfe finanziert worden sind, vom Zeitpunkt ihrer Zahlung an zu verzinsen, damit den Begünstigten dadurch keine Vorteile erwachsen.

B. Lösung

Beschränkung dieser Verzinsung auf die Fälle, in denen der Grund für die Wiedereinziehung nicht von der Gemeinschaft oder den betreffenden Mitgliedstaaten zu vertreten ist.

Einmütige Kenntnisnahme

Zu Drucksache 7/406

A. Problem

Die Einfuhrabgaben und Ausgleichsbeträge für Rindfleisch sind bis zum 1. April 1973 ausgesetzt worden. Das Wirtschaftsjahr 1972/1973 wurde jedoch bis zum 29. April 1973 verlängert.

B. Lösung

Verlängerung der Aussetzung der Einfuhrabgaben und Ausgleichsbeträge bis zum gleichen Datum.

Einmütige Kenntnisnahme

Zu Drucksache 7/438

A. Problem

Die Richtlinie zur Regelung viehseuchenrechtlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit Rindern und Schweinen, die eine Liste der amtlichen Institute, für die Kontrolle der Antigene enthält, ist nicht mehr auf dem neuesten Stand.

B. Lösung

Die Liste wird bezüglich des irländischen Instituts geändert.

Einmütige Kenntnisnahme

Zu Drucksache 7/493

A. Problem

Die gemeinsame Interventionsregelung für geschlachtete Schweine hängt von der Entwicklung des arithmetischen Mittels der auf repräsentativen Märkten der Gemeinschaft festgestellten Preise ab. Dieser Durchschnittspreis ist aber nicht ausgeglichen genug.

B. Lösung

Berechnung des Durchschnittspreises für geschlachtete Schweine durch Multiplikation mit Koeffizienten, die für jeden einzelnen Mitgliedstaat die relative Größe des Schweinebestandes wiedergeben.

Einmütige Kenntnisnahme

A. Bericht des Abgeordneten Dr. Ritgen

Die Vorschläge der EG-Kommission wurden von der Frau Präsidentin mit Schreiben vom 14. März, 3. und 5. April sowie vom 9. Mai 1973 an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten überwiesen. Der Vorschlag Drucksache 7/291 wurde gleichzeitig dem Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Bei den Vorlagen handelt es sich um EG-Verordnungen, die sich bereits auf erlassene Grundverordnungen stützen und den in diesen Verordnungen vorgesehenen Rahmen ausfüllen bzw. um EG-Verordnungen geringerer Bedeutung.

Der Haushaltsausschuß hat die Vorlage Drucksache 7/291 beraten und zur Kenntnis genommen.

Namens des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bitte ich das Hohe Haus, die Vorschläge der EG-Kommission — ohne auf Einzelheiten einzugehen — zur Kenntnis zu nehmen.

Bonn, den 28. Mai 1973

Dr. Ritgen

Berichterstatter

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

die Vorschläge der Kommission der Europäischen Gemeinschaften — Drucksachen 7/291, 7/406, 7/438 und 7/493 — zur Kenntnis zu nehmen.

Bonn, den 28. Mai 1973

Dr. Schmidt (Gellersen)

Dr. Ritgen

Vorsitzender

Berichterstatter